

# »Wir vertreten eine grundsätzliche Antikriegsposition«

## **Griechenland: Die Hafentarbeiter von Piräus weigerten sich während des Gazagenozids, Waffen für Israel zu verladen. Ein Gespräch mit Giorgos Gogos**

Von Carmela Negrete

**Ihre Gewerkschaft hat sich im Juli vergangenen Jahres geweigert, im Hafen von Piräus Rüstungsgüter für Israel zu verladen. Wie kam es dazu?**

In den Containern wurde militärisch nutzbarer Stahl für die israelische Rüstungsindustrie transportiert. Wir hatten diese Information unter anderem von der BSD-Bewegung erhalten und haben die Begleitpapiere der Container zweimal überprüft. Das ist zweimal in unserem Terminal geschehen, denn in Piräus gibt es zwei Terminals. Entsprechenden Protest gab es auch in einem anderen Terminal der Firma PCT, bei einer anderen Gewerkschaft.

**Hatte der Protest Konsequenzen?**

Zumindest in einem Fall. Sobald wir die Informationen vom Netzwerk der palästinasolidarischen Organisationen erhalten hatten, haben wir uns an die Geschäftsführung gewandt und darauf hingewiesen, dass diese Container verdächtige Gegenstände enthalten, die für die israelische Rüstungsindustrie bestimmt sind. Wir machten klar, dass wir diese Container aus Sicherheitsgründen nicht entladen werden. Diese Aktion wurde von allen vier Gewerkschaften unterstützt, die bei der Hafenbehörde von Piräus tätig sind. Daraufhin sagte die Geschäftsführung, sie werde unsere Weigerung an die Reederei weiterleiten. Wir haben dann aufgepasst, dass diese Container in Piräus als Transithafen nicht entladen wurden. Also blieben sie auf dem Schiff und wurden zu einem anderen Hafen gebracht. Ein anderes Mal leitete die Mediterranean Shipping Company das Schiff um und ließ die fraglichen Container in einem anderen Hafen in Italien zurück. Eine andere Gewerkschaft im Containerterminal von Piräus erhielt im Oktober 2024 Informationen über einen Container mit Munition, der vom Land her zur Verladung in den Hafen gebracht werden sollte. Also stoppten die Gewerkschafter diesen Container vor den Toren des Hafens.

**Sie haben auch ein Kreuzfahrtschiff blockiert, weil dort israelische Soldaten an Bord waren?**

Im Fall der »Crown Iris« haben wir uns geweigert, auf diesem Kreuzfahrtschiff zu arbeiten, das auch Kriegsverbrecher befördert. Und wir riefen zu einer

Demonstration vor dem Kreuzfahrterminal auf. So versammelten sich Gewerkschafter, politische Parteien, politische Organisationen und Gemeinschaften. Das war am 14. August 2024, der 15. August ist ein Feiertag. Wir schätzten, dass sich damals etwa 2.000 bis 2.500 Menschen vor den Toren versammelt hatten, um zu protestieren. Danach wurde das Kreuzfahrtschiff auf vielen Inseln, in den meisten seiner Anlaufhäfen, blockiert. Lediglich auf Kreta und in Tyros wurden die israelischen Passagiere dieses Schiffes willkommen geheißen.

### **Wie ist die Stimmung in Griechenland bezüglich des Krieges in Palästina?**

Traditionell unterstützen die Griechen das palästinensische Volk seit vielen Jahrzehnten. In den vergangenen zehn Jahren haben die Regierungen begonnen, engere Beziehungen zu Israel zu pflegen, ohne das israelische Vorgehen in Palästina zu verurteilen. Insbesondere nach dem Oktober 2023, als Israel seine Militäraktion gegen Gaza begann, die tatsächlich einen Völkermord darstellt, hat unsere Regierung Israel weiter unterstützt und die Beziehungen sogar noch ausgebaut. Ich denke, die Mehrheit der griechischen Bevölkerung lehnt dies ab und verurteilt diese Haltung der Regierung. Während der gesamten zweieinhalb Jahre des Gazakrieges gab es viele Demonstrationen im Zentrum von Athen und in kleineren Städten in ganz Griechenland.

### **Und wie steht Ihre Gewerkschaft zum Krieg in der Ukraine?**

Wir haben von Anfang an auch unsere Ablehnung des Krieges in der Ukraine deutlich gemacht. Gemäß unseren Grundsätzen glauben wir, dass kein Krieg begonnen werden darf und jeder internationale Konflikt durch friedliche Mittel wie Diplomatie gelöst werden kann. Wir vertreten hier eine grundsätzliche Antikriegsposition und haben dies auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht – auch durch gemeinsame Erklärungen mit anderen Gewerkschaften, mit denen wir versuchten, eine gemeinsame Front zu bilden. Wir haben uns nach einem Monat an einem großen Musikfestival gegen die Invasion Russlands in der Ukraine beteiligt. Wir machen hier also keinen Unterschied, etwa indem wir die Palästinenser stärker unterstützen. Doch in Griechenland stößt der palästinensische Kampf für Frieden und Gerechtigkeit und zur Beendigung dieses Völkermords auf größere Zustimmung. Wir sind auch solidarisch mit Kuba, das derzeit unter der verschärften Blockade der Vereinigten Staaten leidet.

### **Und wie ist das Medienecho auf Ihre Proteste?**

Die griechischen Medien sind ziemlich stark vom Großkapital beeinflusst, insbesondere von den Reedereien. Ich kenne keinen landesweiten Fernsehsender, der nicht einem Reeder gehört. Andererseits können sie es manchmal nicht verheimlichen, wenn Container blockiert werden oder im Hafen eine Demonstration stattfindet. Ausländische Zeitungen zeigen viel mehr Interesse an unseren Protesten als die griechischen. Das war schon so während des Privatisierungsprozesses des Hafens von Piräus.

**Die israelische Marine hat am 30. April in internationalen Gewässern bei XKreta mehr als 20 Schiffe der »Global Sumud Flotilla« abgefangen. Griechenland nahm die meisten der rund 175**

## **verschleppten Aktivisten auf und organisierte ihre Rückreise in die Herkunftsländer. Wie waren die Reaktionen in Griechenland?**

Natürlich unterstützen wir die »Global Sumud Flotilla«. Es ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, wenn Israel solche militärischen Aktionen in internationalen Gewässern, aber innerhalb des Such- und Rettungsgebiets eines Landes durchführt. Und hier sehen wir die schuldhafte Haltung der griechischen Regierung. Wenn es nicht die israelische Marine, sondern ein türkisches Kriegsschiff gewesen wäre, wären die griechischen Massenmedien voll davon, und die Regierung hätte scharfe diplomatische Schritte unternommen. Die israelischen Schiffe ließen die verschleppten Aktivisten an einem Strand auf der Insel Kreta zurück, also in griechischem Hoheitsgebiet, während sie zwei Personen in Gefängnisse in Israel brachten. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht.

## **Die sozialdemokratische Regierung in Spanien fordert von der EU, das Abkommen zwischen der Europäischen Union und Israel auszusetzen und so wirtschaftlichen Druck auszuüben. Deutschland blockiert ein solches Vorgehen. Wie beurteilen Sie die Haltung Deutschlands gegenüber Israel?**

Ich bin nicht in der Lage, zu beurteilen, ob eine Regierung größere Schuld trägt als eine andere. Ich sehe aber Staaten innerhalb der Europäischen Union, wie Spanien, Slowenien, Irland, Island, oder außerhalb der EU, etwa Südafrika, die sich gegen das israelische Vorgehen aussprechen und versuchen, auf diplomatischem Wege Druck auszuüben. Deutschland liefert Waffen fast überallhin. Griechenland kauft ebenfalls Waffen aus Deutschland. Griechenland und die Türkei sind Rivalen und kaufen beide Waffen aus Deutschland, doch zum Glück gibt es keinen Krieg oder keine offenen Konflikte zwischen den beiden Ländern. Wir geben wesentliche Teile des Staatshaushalts für Waffen aus, anstatt sie für soziale Ausgaben zu verwenden. Für sozialen Wohnungsbau, für Krankenhäuser, für Schulen, Infrastruktur und so weiter.

## **Versuchen Sie, Ihre Kollegen in den deutschen Gewerkschaften davon zu überzeugen, es Ihnen mit Blockaden gegen Waffenlieferungen gleichzutun?**

Während unseres Besuchs in Deutschland hatten wir einige Kontakte zu Gewerkschaften. Mit der Jugend der IG Metall in Salzgitter etwa. Und ich glaube, wir haben während unserer Gespräche Gemeinsamkeiten gefunden. Das Hauptproblem besteht darin, die Führung der großen Gewerkschaften zu überzeugen. Unserer Meinung nach ist das eine Grundsatzfrage, neben Fragen wie Tarifverträgen über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Wir müssen aufmerksam sein und Augen und Ohren offenhalten für soziale Probleme, zum Beispiel die Wohnungsnot oder die Teuerung. Aber daneben müssen wir unsere Ablehnung von Kriegen und unsere Solidarität mit den Schwachen zum Ausdruck bringen. Wir können hier nicht von außen in die deutschen Gewerkschaften eingreifen und sollten es auch nicht. Die Basis der Gewerkschaft muss Druck auf die Führung ausüben, damit die ihre Haltung ändert und globaler und humanitärer denkt, in Solidarität mit den Schwächsten. Und das sind heute zum Beispiel die Palästinenser.

## **Wird in Griechenland die Solidarität mit Palästina so wie in Deutschland kriminalisiert?**

Nicht in diesem Ausmaß. Natürlich droht die Regierung auf vielfältige Weise. Die Polizei versucht, während Demonstrationen Repressionen auszuüben. Durch den von Israel und den USA begonnenen Krieg gegen Iran droht die Situation der Palästinenser wieder in Vergessenheit zu geraten. Doch die Menschen dort leiden immer noch. Sie sind Flüchtlinge. Gaza liegt in Trümmern. Und die israelische Besatzung breitet sich mit den rechtswidrigen Siedlungen immer mehr aus. Der Bericht der UN-Sonderbeauftragten für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, ist hier eindeutig. Das muss Menschen sensibilisieren, insbesondere Gewerkschafter, die die Kraft haben, friedliche Protestmittel einzusetzen.

Giorgos Gogos ist Vorsitzender der Gewerkschaft der Hafentarbeiter in Piräus. Er sprach auf Einladung der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppe »Gegen Spardiktate und Nationalismus« am 8. Mai in Berlin zusammen mit seinem Kollegen Haris Papavramidis über den Widerstand gegen Waffentransporte und Kriegsbeteiligung in Griechenland

*<https://www.jungewelt.de/artikel/522593.arbeitermacht-wir-vertreten-eine-grundsätzliche-antikriegsposition.html>*